

Erscheint alle 14 Tage.
Viertelj. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NW 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 33/34

Berlin, den 22. August 1930

41. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkman, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Die Lohnbewegung im Holzgewerbe.

Die Lage im deutschen Holzgewerbe ist zur Zeit, als diese Zeilen geschrieben wurden, völlig ungeklärt, immer deutlicher schält sich heraus, daß im Lager des Arbeitgeberverbandes Scharfmacher am Werke sind, die durch ein gewisses Verschleppungsmanöver ihre Absichten auf Lohnabbau verbergen möchten. Zunächst war es der Professor Brahn, der von Seiten des Arbeitgeberverbandes als Stein des Anstoßes angesehen wurde. Die Arbeitnehmer haben nicht im entferntesten daran gedacht, aus dieser Kandidatur des Unparteiischen eine Kardinalfrage zu machen, sie konnten dies um so leichter tun, als es bekanntlich Herr Professor Brahn war, der den ersten Schiedsspruch auf Lohnabbau für die nordwestliche Eisen-Gruppe fällte. Worauf es bei dieser Frage ankam, ist die Tatsache, daß die Arbeitnehmer es ablehnen mußten, sich bei der Auswahl des Unparteiischen vom Arbeitgeberverband Bedingungen vorschreiben zu lassen. In Verfolg dieser Haltung gingen die Vertreter der Arbeitnehmer den einzig richtigen Weg, indem sie dem Reichsarbeitsministerium in der Auswahl des Unparteiischen für die Besetzung des Lohnamtes völlig freie Hand ließen. Sie konnten sich dabei auf die Bestimmungen des Mantelvertrages stützen.

§ 17 des Mantelvertrages besagt: Zur Hilfeleistung bei den zentralen Lohnverhandlungen, wird ein Lohnamt gebildet. „Das Verfahren vor dem Lohnamt wird durch eine besondere Geschäftsordnung geregelt, die Bestandteil dieses Mantelvertrages ist.“ Die Geschäftsordnung bestimmt in ihrem § 1, daß das Lohnamt aus einem unparteiischen Vorsitzenden und je fünf Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Ferner heißt es:

„Der unparteiische Vorsitzende wird von Fall zu Fall gemeinschaftlich von den beiderseitigen Zentralvorständen bestellt. Diese können die Auswahl des unparteiischen Vorsitzenden dem Reichsarbeitsminister überlassen.“

Von diesen eindeutigen Bestimmungen hat die Arbeitnehmerseite Gebrauch gemacht, der Arbeitgeberverband lehnte es ab, dem Reichsarbeitsministerium die Auswahl des unparteiischen Vorsitzenden zu überlassen.

Damit war eigentlich die Vermittlungstätigkeit des Reichsarbeitsministeriums erschöpft und den beiderseitigen Vertragsparteien freie Hand gelassen. Das Reichsarbeitsministerium hat trotz dieser ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes seine Bemühungen weiter fortgesetzt und den beiderseitigen Vertragsparteien folgenden Vorschlag unterbreitet:

Zur Behebung der Schwierigkeiten bei der Lohnregelung im deutschen Holzgewerbe wird den Tarifparteien folgender Vorschlag unterbreitet:

Die Tarifparteien überlassen dem Reichsarbeitsministerium die Auswahl des Vorsitzenden für das Lohnamt.

Die Auswahl wird zwischen folgenden drei Herren getroffen werden:

Hartmann, Schlichter für Bayern,

Friedländer, Schlichter für Pommern,

Winnig, Schlichtungsausschussvorsitzender in Potsdam.

Die Tarifparteien werden gebeten, sich zu diesem Vorschlag bis zum 9. August 1930 dem Reichsarbeitsministerium gegenüber zu äußern.

Im Auftrage

gez. Dr. Claffen.

Auf Grund ihrer bisherigen Einstellung gaben die Arbeitnehmer die Erklärung ab, daß sie es nach wie vor dem Arbeitsministerium überlassen, die Auswahl des unparteiischen Vorsitzenden zu treffen. Auch der Arbeitgeberverband scheint mittlerweile zur besseren Einsicht gelangt zu sein, denn wie gemeldet, hat derselbe eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Am 13. August 1930 tritt das Reichsarbeitsministerium folgendes mit:

„Für den Lohnstreit im deutschen Holzgewerbe benenne ich gemäß Teil III § 1 Abs. 2 des Manteltarifvertrages als unparteiischen Vorsitzenden des Lohnamtes Herrn Oberregierungsrat Friedländer, Stettin, Oberpräsidium.“

Durch diese Ernennung des unparteiischen Vorsitzenden für das Lohnamt ist die Frage der Besetzung gelöst und dasselbe kann nun zusammentreten und seine Aufgaben erfüllen. Es bedarf dazu noch mancher Vorbereitungen, so daß noch Lage in das Land gehen dürften, ehe die eigentliche Entscheidung fällt.

Inzwischen ist es in einzelnen Orten und Bezirken zu ernstlichen Differenzen gekommen, so haben in der Stuhlindustrie in Rabenau circa 400 Kollegen die Arbeit niedergelegt, indem sie die von den Arbeitgebern vorgelegte betriebliche Vereinbarung, die einen größeren Lohnabbau vorsah, nicht anerkannten. Aus demselben Grunde ist es zur Arbeitsniederlegung in Sörlitz, Patzschau und Ziegenhals gekommen.

Auch in Hamburg ist es zu ernstlichen Differenzen bei der Firma Steinway & Sons, Pianofortefabrik gekommen. Dort besteht eine Betriebsvereinbarung die, unter Mitwirkung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie am 17. September 1929 abgeschlossen ist und eine Laufdauer, wie die des Mantelvertrages hat. Diese Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

1. Der Einstellungslohn gemäß § 26 des M. V. vom 5. Juni 1929 beträgt:

vom 3. Juli 1929 bis zum 31. Oktober 1929 M. 1,37

vom 1. November 1929 bis auf weiteres M. 1,39.

2. Die vor dem 3. Juni 1929 bestehenden Akkorde werden durch tariflich festgelegte Lohn erhöhungen einschließlich der am 3. Juni 1929 eingetretenen Lohnhöhung nicht verändert.

3. Tariflich festgelegte Lohn erhöhungen werden neben den Akkorden als Stundenlohn ausbezahlt.

4. Die Akkordbasis für neu zu vereinbarende Akkorde beträgt M. 1,33, dem bis zum 3. Juni 1929 gültigen Einstellungslohn der Instrumentenmacher. Neben den neu vereinbarten Akkorden sind die ab 3. Juni 1929 eingetretenen tariflichen Lohn erhöhungen gemäß Ziffer 3 dieser Vereinbarung zu zahlen.

5. Diese Vereinbarung hat die gleiche Laufdauer wie der M. V. für das Deutsche Holzgewerbe vom 5. Juni 1929.

6. Diese Vereinbarung tritt mit dem 12. September 1929 in Kraft, d. h. alle am 12. September 1929 laufenden und später abgeschlossenen Akkorde werden gemäß dieser Vereinbarung abgerechnet.

Trotzdem die Vereinbarung die Laufdauer des Mantelvertrages hat, hat die Firma sämtlichen Beschäftigten folgenden Revers unterbreitet:

Die Piano-Industrie leidet, wie amtlich festgestellt ist, mit am meisten unter der anhaltenden schweren Wirtschaftskrise. Unser Betrieb aber umso mehr, als wir außerdem bis jetzt eine Sonderbelastung in den Löhnen und Akkordbeträgen zu tragen haben.

Wir sehen uns daher gezwungen, Ihr zurzeit bestehendes Arbeitsverhältnis zum 13. August 1930 2,30 Uhr zu kündigen.

Wir bieten Ihnen ein neues Arbeitsverhältnis zu folgenden Bedingungen an:

1. Der Stundenlohn beträgt vereinbarungsgemäß ab 14. 8. 30 RM. 1,32.

2. Die zurzeit bestehenden Akkordbeträge werden entsprechend herabgesetzt; ihre neue Höhe wird in Verhandlungen mit der Akkordkommission vereinbart.

Wir erwarten Ihre Entscheidung, ob Sie gewillt sind, zu diesen neuen Bedingungen ab 14. August 1930 zu arbeiten, bis zum 13. August 1930 12 Uhr durch Ihre Unterschrift.

Die Unterzeichnung dieses Reverses bedeutet für die Arbeitnehmer einen Abzug des Stundenlohnes von 7 Pfg. pro Stunde und eine dementsprechende Reduzierung der Akkordpreise.

Wie nicht anders zu erwarten war, lehnte die Belegschaft fast einmütig das Ansuchen der Firma ab und die Folge war, daß am Mittwoch, den 14. August die Pforten des Betriebes geschlossen wurden.

Besonders bemerkenswert an diesem Vorgang ist die Tatsache, daß die betriebliche Vereinbarung dieselbe Laufdauer hatte, als der Manteltarifvertrag für das deutsche Holzgewerbe. Dieser Mantelvertrag ist jedoch von keiner Seite gekündigt worden, die Firma hat sich demnach über alle tarifvertraglichen Vereinbarungen hinweggesetzt, und hat ihre Arbeiter restlos auf das Straßenpflaster gesetzt. Unsere Kollegen werden aus diesem Vorgange auch ihre Lehren ziehen, vorerst müssen wir die Entscheidung des Lohnamtes abwarten.

Kurz vor Redaktionsschluss geht uns die Mitteilung zu, daß das Lohnamt am Donnerstag, dem 21. August, nachmittags 1,30 unter dem Vorsitz des unparteiischen Vorsitzenden Dr. Friedländer, Schlichter für Pommern, zusammentritt.

Preissenkungen — Lohnabbau.

In der Zeit verärfertester Wirtschaftskrise tauchen aus den Federn von Berufenen und Unberufenen Vorschläge auf, die als Allheilmittel zur Lösung dieser schwierigen Frage bezeichnet werden. So wird nach wie vor die Behauptung aufgestellt, daß die Absatzschwierigkeiten in der Hauptsache durch die Lohnpolitik der gewerkschaftlichen Organisationen hervorgerufen werden. Andererseits wurden Stimmen laut, die einen Lohnabbau mit gleichzeitiger Preissenkung verbunden wissen wollten. Vereinzelt wurden Stimmen laut, die eine Lohnhöhung durch Preissenkung verhindert haben wollten. So schrieb seinerzeit ein Artikelschreiber in der „Ruhr- und Rhein-Wirtschafts-Zeitung“:

„Kein einziger Fall ist bekannt, daß die Wirtschaft der Aktivität der Gewerkschaften eine eigene zielbewusste, wirtschaftliche Aktivität entgegenstellt, daß sie eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung ihrer Preise beantwortet habe. Was ist denn das Hauptargument der Gewerkschaften: das steigende Preisniveau! Das Argument wird nicht durch Ministerreden über die Notwendigkeit der Preissenkung, sondern nur durch die Kraft des eigenen Entschlusses der Wirtschaft beseitigt werden. Wenn Lohn erhöhungen im Einzelfall zu tatsächlichen Verlusten führen, dann ist es besser, die Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen, wodurch die Absatzmöglichkeiten erweitert werden, als unfreiwillig mit nachfolgender Preiserhöhung, d. h. Absatzverminderung. Die Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist um so geringer, je konsequenter und großzügiger der Weg der Preissenkung beschritten wird. Um so mehr wird auch die Preiswettbewerb auf einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen rechnen können: die öffentliche Meinung, die sofort erkennen wird, daß eine Preissenkung ganz anders der Allgemeinheit zu nutzen geeignet ist als eine Lohnhöhung für die eine oder andere Arbeitergruppe.“

Das war eine ganz ungewöhnliche Sprache, gegen den Vorschlag ließ sich von Arbeitnehmerseite mancherlei einwenden, doch scheint derselbe in erster Linie in Arbeiterkreisen keine Gegenliebe gefunden zu haben, denn man hat von ähnlichen Gedankengängen seitdem nichts mehr gehört.

Die Nordwestgruppe der Eisenindustrie hat allerdings den Gedanken in anderer Form aufgegriffen, indem man einen Lohnabbau forderte, wobei man eine Preissenkung nur in Aussicht stellte. In den Vordergrund wurde dabei gestellt, daß durch diese Maßnahmen es möglich sei, Massenentlassungen zu vermeiden. Wir haben gesehen, daß es bei dieser Gruppe mit Hilfe des Reichsarbeitsministers, der den bekannten Schiedsspruch für verbindlich erklärte, gelungen ist, eine 7,5prozentige Lohnkürzung zu erzwingen. Diese Maßnahme sollte nach Angabe der Unternehmer den Zweck haben, die Eisenpreise zu senken und damit der Wirtschaft eine neue Anfurbe-

lung zu geben. Es hieß damals, die Industrie werde durch diese Verbilligung ihrer Produktionskosten in die Lage versetzt, ihre Aufträge zu vermehren und dadurch auch den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Diese Lohnabbau-Aktion wurde den anderen Industrien zur Nachahmung empfohlen, damit der Lohn- und Preisabbau auf der ganzen Linie durchgeführt werden könne.

Wie hat sich nun in Wirklichkeit die Lage seit dem 1. Juli entwickelt? Die Arbeitslosigkeit hat sich trotz des Lohnabbaues im Industriegebiet noch vermehrt. Die Kaufkraft des Arbeiters sei zwar vermindert, von einer Preisentwertung ist nichts zu spüren, die Lebenshaltungspreise sind nicht heruntergegangen. Die Industrie müsse noch immer ganze Betriebe stilllegen und Feierschichten einlegen, so daß die Not der Arbeiter immer mehr verschärft werde. Es hat sich herausgestellt, daß durch die Lohnabbauaktion der Unternehmer nichts gebessert worden ist.

Zugleich sind auch im übrigen Deutschland Maßnahmen von Arbeitern und Angestellten erfolgt. Auf der ganzen Linie wird versucht, einen Abbau von Löhnen und Gehältern durchzuführen. Aber von wirklich fühlbaren Senkungen der Preise, die diesen strengen Rationalisierungsmaßnahmen folgen sollten, hat man nichts gemerkt. Unter solchen Umständen ist es durchaus begreiflich, wenn die große Masse der Arbeitnehmer unter dem Eindruck steht, daß die Aktionen der Unternehmerverbände lediglich sozialreaktionären Charakter tragen und nur dazu dienen sollen, die Ausgaben für den Arbeitslohn so weit wie möglich herunterzubringen.

Auch der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe hat sich bekanntlich dieser Lohnabbauaktion angeschlossen und wird ja, wie bereits an anderer Stelle berichtet, das Votum darüber zu entscheiden haben, ob den Abbaugesüften gewisser Schatzmacher Rechnung getragen wird.

Für unsere Kollegen gilt nach wie vor die Mahnung, alle Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen, es darf keinen unorganisierten Holzarbeiter in den Fabriken geben.

Der Reichswirtschaftsrat für Zwangsmaßnahmen gegen Kartelle.

Wiederholt haben wir auf die Auswüchse des Kartellwesens hingewiesen. In der letzten Nummer „Die Sache“ haben wir diese Frage im Leitartikel eingehend behandelt und haben zum Schluß hervor, daß der Reichswirtschaftsrat von der Reichsregierung aufgefordert worden sei, umgehend ein Gutachten über die Auswüchse des Kartellwesens zu erstatten.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat sich nun mit der Frage beschäftigt und liegt das Gutachten jetzt vor. Dasselbe sollte in erster Linie Stellung zu der Frage nehmen, ob und inwieweit gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise die kartellmäßigen Preisbindungen den Preisabbau volkswirtschaftlich hindern und ob Zwangsmaßnahmen der Regierung, sei es zur Aufhebung der Kartelle, sei es in anderer Form, volkswirtschaftlich geboten wären. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat zu den einzelnen Fragen positive Stellung genommen und sich dementsprechend gutachtlich geäußert.

Bei der gegenwärtigen Notlage der deutschen Wirtschaft, so wird geäußert, sei es grundsätzlich notwendig, auf jede wirtschaftlich mögliche Senkung der Preise hinzuwirken. Der Anteil der Waren mit kartellmäßig gebundenen Preisen werde von Regierungsstellen für das Jahr 1929 auf 15 von 30 bis 60 Millionen Mk. Industrieerzeugnisse geschätzt, also auf 25 bis 30 Prozent des deutschen Industrieerzeugnisses überhaupt. Jedenfalls seien die kartellmäßigen Preisbindungen von erheblicher Bedeutung für die Gesamtwirtschaft, zumal solche Preisbindungen gerade bei sehr wichtigen Rohstoff- und Halbfertigwaren vorliegen. Einmütig war der Reichswirtschaftsrat der Meinung, daß eine allgemeine und plötzliche Beseitigung sämtlicher Preisbindungen erhebliche Verschärfungen der gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten herbeiführen werde. Wenn aber auch eine durchgängige Aufhebung der Kartellpreise, d. h. lediglich ein Verbot der Kartelle nicht empfohlen werden könne, so sei es doch erwünscht die Bindungen in einzelnen Fällen, wo unangemessen hohe Preise oder Preispannen vorliegen, nötigenfalls durch Anwendung der Regierungsvollmachten zu beseitigen.

Bei der wichtigen Frage der Markenartikel ergab sich keine vollständig einheitliche Stellungnahme des Ausschusses. Es wird jedoch der Regierung empfohlen, auf Grund ihrer Vollmachten die Preisbindungen der Markenartikel für die Lebensmittel- und Genussmittel, die in der Form der Markenartikel vertrieben werden, zugleich allgemein aufzuheben. Ferner sollen alle Rechtsmittel angewendet werden, um die nachgehenden Nachdrücke zu verhindern.

Im allgemeinen besteht Einmütigkeit darüber, daß mit möglichst weitestgehender Klarheit über die von der Reichsregierung auf dem Gebiet der Preisbindungen zu treffenden Maßnahmen im einzelnen herbeigeführt werden müsse. Der Reichswirtschaftsrat bittet daher die Regierung, ihm über die Fälle, die als möglich diejenigen Fälle mitzuteilen, in denen die Regierung ein Eingreifen für notwendig hielt. Damit der Reichswirtschaftsrat die Rechte der von ihm durchzuführenden Maßnahmen vollständig beschaffen kann.

Es kann zugegeben werden, daß das Gutachten des Reichswirtschaftsrates für die Preisentwertungen bei den Kartellen freie Bahn schafft, es wird nun wesentlich von den Maßnahmen der Regierung abhängen, ob eine tatsächliche Senkung der gebundenen Kartellpreise erfolgt, bis jetzt hat man ein dementsprechendes Eingreifen sehr stark vermisst. Will man eine Belebung der Wirtschaft durch Preisentwertung herbeiführen, dann muß man den gebundenen Kartellpreisen dauernd erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Zur Reichstagswahl.

Am 14. September d. J. wird das deutsche Volk vor eine schwerwiegende Aufgabe gestellt, gilt es doch ein arbeitsfähiges Parlament zu schaffen. Wer in den letzten Jahren die große Interessenlosigkeit und die politische Verrohung aufmerksam verfolgt hat, wird mit erster Sorge der kommenden Entwicklung entgegen sehen. Es muß offen ausgesprochen werden, das deutsche Volk ist ein Volk, das in jeder Beziehung bestrebt ist, eine höhere Kulturstufe zu erreichen, in politischer Beziehung gleicht es oft Waisenkindern. Viel zu wenig wird erkannt, daß sich der Reichstag bzw. dessen Parteien zu einem hohen Prozentsatz aus Selbstinteressenten zusammensetzt. Abgesehen von den Parteien, die sich immer noch nicht mit der staatlichen Umwälzung abfinden können, gibt es Parteien, die nur lediglich ihre eigenen Interessen vertreten, für das allgemeine Wohl nichts übrig haben. Kann man

Einkehr.

Es treibt ein frevelhaftes Spiel,
Wer hadert und verbittert,
Streit lenkt uns ab vom hohen Ziel
Schafft Trennung und zersplittert.

Der Politik des Kirchturms gleicht
Das ewige Bekämpfen.
Man soll, damit die Zwietracht weicht,
Die eigne Selbstsucht dämpfen.

Nur dann erblüht zu Kraft und Pracht
Ein hohes Werk, wenn Einheit
Es fest und unbezwinglich macht
Zum Wohl der Allgemeinheit.

Dräng' drum das eigne Ich zurück,
Wenn Du am Bau beteiligst;
Nur dann ersteh ein reines Glück,
Wenn wir es selbst geheiligst.

eine Partei ernst nehmen, die angesichts der großen Wohnungsnot, die Beseitigung der Zwangswirtschaft auf ihr Programm setzt, oder eine Partei, die unter allen Umständen die Auswertung der alten Banknoten verlangt. Dann gibt es wieder kraße Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie. Am leichtesten machen es sich die links extremen Parteien, die in ihren Forderungen jedes Maß der Erfüllbarkeit überschreiten. Es darf jedoch unter keinen Umständen übersehen werden, daß die stärkste Partei, sehr stark an Erstarrung leidet. Wir als Gewerksvereiner sind im Rahmen unserer Organisation politisch neutral, sind daher umso mehr berechtigt auf die verschiedenen Mängel innerhalb der Parteigruppierungen hinzuweisen. Es wird leider nur zu oft übersehen, daß man der Arbeiterschaft nicht dient, wenn man den reinen Klassenkampfstandpunkt vertritt. Diesen Luxus konnte man sich in gewissen Zeiten leisten, die gewaltige Staatsumwälzung verlangt gebieterisch, daß man sich den Verhältnissen anpaßt. Was übersehen der gegebenen Verhältnisse für Folgen haben kann, spüren die Arbeitnehmer am besten am eigenen Leibe. Was nützt es, wenn man sich heute in der Opposition hinstellt und erklärt, daß Artikel 18 der Reichsverfassung nicht so gemeint sei, wenn man sich selber vorher vor der Verantwortung gedrückt hat. Es darf nicht übersehen werden, daß in den Massen ein Denkmüdigkeit steckt, dem Rechnung getragen werden muß.

Wer aufmerksam den politischen Horizont ableuchtet, wird mit erster Sorge erfüllt sein. Die gelbe Gefahr, die sich im gewerkschaftlichen Leben oft störend bemerkbar gemacht hat, scheint seine Giftpflanze auch in das politische Leben übertragen zu haben, was die geistige Kraft verlagert, muß die rohe Gewalt ersetzen. Geradezu unverkennbar ist es, daß sich auch hier irreführende Arbeitnehmers dazu hergeben, diesen Profitjägern die Steigbügel zu halten.

Jetzt hat sich eine neue Partei, die sogenannte „Staatspartei“ gebildet, die sich aus den verschiedenen Schichten des Volkes zusammengesetzt hat. Hier wird man die Entwicklung abwarten müssen, um ein endgültiges Urteil fällen zu können. Eins scheint dabei sehr beachtenswert, von gewisser Seite scheint man dies Gebilde zu fürchten, denn das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“, vergießt täglich ganze Äußerungen von Trübschmerz, um diese neue Partei in Schmutz zu werfen. Möge es nun Angst vor Verlusten oder reichliche Unvorsichtigkeit sein, wir halten es für wenig klug, eine Partei zu bekämpfen, die sich streng auf den republikanischen Standpunkt stellt, während man den Plättchen der Schatzmacher weniger Aufmerksamkeit zollt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einem Aufruf zur Wahl der Sozialdemokratie aufgefordert. Das ist sein gutes Recht, da bekanntlich Gewerkschaft und Sozialdemokratie eins sind. Wir als neutrale Gewerksvereine müssen es unseren Mitgliedern selbst überlassen, am 14. September denjenigen Parteien ihre Stimme zu geben, die auch bereit sind, ihre Interessen neben dem Wohl des Ganzen zu vertreten, für jeden Kollegen gilt es, seiner Staatsbürgerpflicht zu genügen.

Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten.

Die führenden Arbeitnehmerskreise haben von jeher mit Nachdruck betont, daß die Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung nur als Notbehelf anzusehen, der Hauptzweck in der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten liegen muß. Nun weiß man, daß Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge sind. Geschrieben über Arbeitsbeschaffung ist wahrlich genug, nur von den Taten hat man wenig gesehen. Mittlerweile ist die Zahl der Arbeitslosen ständig gestiegen. Eigenartig mutet es an, daß Mitte Juli auf den Arbeitsämtern allein 217 000 arbeitsuchende Bau-Facharbeiter gezählt wurden. Dies in einer Zeit, in der mehrere Hunderttausend Wohnungen zur Unterbringung von Familien gebraucht werden, die heute in geradezu gesundheitsschädlichen Behausungen ihr Dasein fristen müssen. Die Lösung des Wohnungsbauprogramms hängt mit der Frage der Arbeitsbeschaffung so eng zusammen, daß diese Probleme vor allen andern in den Vordergrund gestellt werden müssen. Die Verwendung der Hauszinssteuer ledig zu Bauzwecken verwandt, wäre ein weitgehender Schritt auf diesem Gebiete. Greift man hier nicht bald zu einschneidenden Maßnahmen, dann erwachsen auf dem Arbeitsmarkt Gefahren, deren Folgen kaum zu übersehen sind.

Es erweckt beinahe den Anschein, als ob maßgebende Kreise diese Gefahren erkannt und der Frage der Arbeitsbeschaffung mehr Aufmerksamkeit widmen. Am 1. August ist in Berlin die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten mit einem Aktienkapital von 150 Millionen RM. und ausgewiesenen Rücklagen im Betrage von 105 Millionen RM. gegründet worden. Zweck der Gesellschaft ist, die Errichtung und den Ausbau werkschaffender Anlagen zu fördern, und zwar durch Aufnahme von Anleihen und Darlehen im In- und Ausland und durch die Gewährung von Darlehen im Inlande an öffentlich-rechtliche oder gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen. Die Annahme von Depositen und der Betrieb von Bankgeschäften ist der Gesellschaft nicht gestattet. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemeinnützig. Ihre Geschäfte werden auftragsweise durch die deutsche Bau- und Bodenbank A.-G. in Berlin besorgt. Die Gesellschaft untersteht der Aufsicht des Deutschen Reiches, die durch einen Reichskommissar ausgeübt wird. Es wird besonders hervorgehoben, daß die Geschäfte der Gesellschaft sich ausschließlich auf dem Gebiete sogenannter „werkschaffender Arbeitslosenversorgung“ bewegen werden.

Wir begrüßen jede Maßnahme, die geeignet ist, den Arbeitsmarkt zu beheben, wenn Reichseisenbahn und Postverwaltung dazu übergeht, größere Aufträge zu vergeben, so kann das nur dazu dienen, das Heer der Arbeitslosen zu vermindern. Wenn die Gründung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten sich zum Ziel gesetzt hat, durch Heranziehung in- und ausländischer Anleihen mit Vergütung werkschaffender Arbeiten die Arbeitslosenversicherung zu entlasten, so wird sie die weitgehendste Unterstützung von unserer Seite finden. Ob dies auf dem Wege der Vergütung von Postkundsarbeiten geschieht, ist von untergeordneter Bedeutung. Bei dem ständig wachsenden Heer der Arbeitslosen kommt es in der Hauptsache darauf an, die arbeitswilligen Kräfte dem Produktionsprozess wieder zuzuführen. Das ist nicht nur eine soziale, sondern eine hochwichtige politische Aufgabe.

Das Lohnabkommen für Rheinland-Westfalen nicht gekündigt.

Wie uns mitgeteilt wird, ist das Lohnabkommen für Rheinland-Westfalen nicht gekündigt, man stellt sich offenbar hier in Gegensatz zu den Schatzmachern des Arbeitgeberverbandes im Holzgewerbe.

Zum Rheinisch-Westfälischen Bau-Jugendtreffen.

Es wächst die Erkenntnis von dem Wert des jugendlichen Nachwuchses für das gewerkschaftliche Leben. Nichts ist natürlicher, als den Eifer, die Begeisterung und den Schwung der Jugend als Antriebskraft der Werbearbeit für den Gewerksverein einzuspinnen. Hier ist ein Feld für Neubelebung und Verjüngung des Ortsvereinslebens.

Die Erfassung und Sammlung der Jugendlichen läßt sich nicht in den allgemeinen Organisations- und Versammlungsrahmen einzwängen. Anpassung an die Eigenart, dem Charakter und dem Erwerb des jugendlichen Selbstbewußtseins, entspricht die Schaffung von Jugendgruppen. Nicht als Konkurrenz, sondern als notwendige Ergänzung lebendigen Organisationslebens. Die Jugendgruppe kann und wird bei richtiger Inanspruchnahme eine neue Note, bunteres, abwechslungsreiches und beweglicheres Versammlungsleben wie überhaupt bei allen Gewerksvereinsveranstaltungen bringen.

Die Gewerkschaftsjugendgruppen sind verhältnismäßig, wie die gewerkschaftliche Jugendbewegung überhaupt, jüngeren Datums. Als Ortsgruppen des Jugendbundes der Deutschen Gewerkschaften S. D., sind sie die Zusammenfassung der örtlichen Gewerkschaftsjugend ohne Rücksicht auf die Berufstätigkeit. Die Zentrale des Jugendbundes liegt bei der Verbandleitung durch den Reichsjugendleiter. Für größere Wirtschaftskreise, Länder oder Provinzen bestehen Gauleitungen zur engeren Sammlung und gegenseitiger agitatorischer Unterstützung.

Seit der Bildung des Gau Rheinland-Westfalen im Februar d. J. hat sich die Zahl der Ortsgruppen, dank selbstbewusster Mitarbeit von Ortsvereinen und einiger Ortsverbände verdoppelt, die Mitgliederzahl vervierfacht. Und das bei schlechter Wirtschaftslage und stärkster Arbeitslosigkeit. Es geht also bei festem Zusatzen.

Das 1. Gaureis am 23. und 24. August auf der historischen und romantisch gelegenen Burg Altena im schönen Sauerland, wird die Gewerkschaftsjugend vom schönen Rhein und der roten Erde zusammenführen.

Der Samstagvormittag ist der Ankunft der Gruppen gewidmet. Der Führer wird sich am gleichen Tage in erster Arbeit den inner-organisatorischen Fragen und den Wegen zur Förderung der Gewerkschaftsjugendbewegung zuwenden. Der Abend bringt dann den Fackelzug als Einleitung des Treffens und den Ausdruck des Dankes für die Gastfreundschaft der Altenaer Gewerkschaftskollegen. Ansprachen, Feuerrede und Gelübnis beschließen den Vortag. Der Sonntagvormittag bringt Besichtigungen und Rundgänge. Der Sonntagabend das Gaureis und die Gewerkschaftsjugend, die Gaupromenade. Hauptvortrag: „Ezelskoll-Verlin“. Ein buntes, malerisches Bild wird sich an beiden Tagen abwickeln. Das Gemeinschafts-Mittagessen durch die Feldbläse nach echt westfälischer Art, wird ein besonderer Gaumentzel für die Jugend. Die Altenaer haben darin besondere Erfahrung. Und nun rheinisch-westfälische Gewerkschaftsjugend, Mädel und Jungen:

Schnallt den Rucksack, fahrt den Wimpel, es soll ins Weite gehn,

Regen, Wind wir lachen drüber, auf nach Altenas folgen Hübn!

Ad.

Ein Staatsbetrieb!

Wie allgemein bekannt sein dürfte, ist die Firma F. Schichau, Elbing vom Deutschen Reich und von Preußen durch Staatsgelder saniert worden und in eine GmbH. umgewandelt. Nach Ansicht der Arbeiter Elbings, scheint die Sanierung nicht im Interesse der Elbinger Wirtschaft geschehen zu sein, sondern nur im Interesse einiger höherer Beamter. Denn, wenn bei einer Belegschaft, von etwa über 2000 Mann, 6 Direktoren sich in die Herrschaft des Wertes teilen, 6 Gehälter von über 60 000 RM. pro Jahr gezahlt werden, kann man schon auf obige Vermutung kommen.

Als die Sanierung perfekt geworden war, glaubten sämtliche Arbeiter des Wertes, daß auch für sie etwas abfallen wird, in Gestalt von menschenwürdigen Löhnen. Der Tariflohn eines gelernten Arbeiters über 23 Jahre alt, betrug 48-53 Pfg. pro Stunde. Schon am 3. Juli 1929 vereinbarten die Gewerkschaften mit den Firmen der Metallindustrie, daß vor Ablauf des Lohnvertrages am 15. 7. 30 in Verhandlung über eine grundsätzliche Neuregelung der Löhne zu treten sei. Noch am 20. Mai 1930 gab der Leiter der Firma Schichau den Gewerkschaften das Versprechen, über eine Neuregelung des Lohnvertrages zu verhandeln, aber nichts geschah weiter. Daraufhin kündigten die Tarifgewerkschaften den Lohnvertrag zum 15. 7. 30. Die neuen Forderungen lauteten: 1. Abschaffung der von und bis Löhne. 2. Den festgelegten Zuschlag von 10 Prozent für die dauernd nicht in Akkord Beschäftigten auf den Lohn zu schlagen. 3. Die festgelegten Sozialzulagen von 4 Pfg. pro Stunde sollte auch auf den Lohn geschlagen werden. 4. Anpassung der Elbinger Löhne in der Metallindustrie, an die ostpr. Löhne.

Der Vertreter der Arbeitgeber lehnte die Neuregelung der Tariflöhne grundsätzlich ab. Er stellte die Behauptung auf, wenn die Fa. Schichau nur die 10 Prozent zum Tariflohn zuschlagen würde, so ist dieses eine jährliche Mehrbelastung von 500 000 RM., dieses könne die Fa. auf keinen Fall tragen. Wenn man sich diese Äußerung näher betrachtet, so kommt man unwillkürlich zu der jenseitigen Überzeugung, daß das Geschrei der Unternehmer in Deutschland nicht richtig sein kann, daß die hohen Löhne schuld an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen seien, sonst müßte doch in Elbing mit den erbärmlichsten Löhnen Deutschlands, eine blühende Eisenindustrie vorhanden sein.

Wie schon erwähnt, lehnten die Arbeitgeber jede Verbesserung des Lohnvertrages ab und riefen schleunigst das Arbeitsministerium um Fällung eines Schiedsspruches

an. Der in Berlin gebildete Schlichtungsausschuß fällt auch einen Schiedsspruch, der sich gewaschen hatte: 1. Abschaffung der von und bis Löhne, also der Stundenlohn von 53 Pfg. ist Tariflohn geblieben. 2. Die Akkordbasis beträgt statt 10, in Zukunft 15 Prozent. 3. Dieser Tariflohn sollte bis zum 15. 7. 31 Gültigkeit haben. Einstimmig wurde von den Arbeitern dieser Schiedsspruch abgelehnt. Schnell beantragten die Arbeitgeber die Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium. Wieder große Verhandlungen in Berlin. Nach einigen Tagen kam dann glücklicherweise die Mitteilung, daß die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt worden ist. Dieses hat nun zur Folge, daß die Metallarbeiter, Schiffs- und Modelltischler keinen Lohnvertrag mehr haben. Dieses ist recht so; denn lieber einen tariflosen Zustand, als wenn noch länger die Metallarbeiterorganisationen als Tarifkontrahenten des Vertrages, diese erbärmlichen Löhne decken müßten. Wir Holzarbeiterorganisationen sind an diesen Tarifen nicht beteiligt gewesen.

Die Fa. Schichau-Elbing hatte vor einiger Zeit ihrem Werkbetriebe eine Abteilung für Schulmöbel angegliedert. Es heißt, man hätte von einem Tischlermeister ein Patent dieser Möbelart gekauft, und wolle nun das Patent ausnutzen. Etwa 60 Holzarbeiterkollegen wurden in dieser Abteilung beschäftigt. Natürlich wieder mit einem besonderen Apparat von Schreibern, Meistern, Ingenieur, Direktor usw. Die Löhne der Arbeiter wurden so gezahlt, wie oben geschildert. Auch Akkord wurde gearbeitet. Aber nicht wie die Tischler es gewohnt sind, daß für das Stück Arbeit eine Summe Geldes geboten wird, sondern nur Minuten, das heißt: wenn für ein Stück Arbeit 60 Minuten festgesetzt waren, so mußte die Arbeit auch in 60 Minuten fertig sein. Wer nun ein Stundenlohn von 53 Pfg. hatte, bekam für diese Arbeit 53 Pfg. Wer weniger Stundenlohn hatte, bekam dagegen weniger. Diesem Treiben konnten wir nicht länger zusehen. Wir erklärten einfach, diese Abteilung hätte mit dem Werkbetriebe nichts gemein. Die Arbeitsanfertigung dieser Abteilung, greife in die Privatindustrie des Holzgewerbes ein, und hier kämen nur der für allgemeinverbindlich erklärte Lohn- und Tarifvertrag für das ostpr. Holzgewerbe in Frage.

Auf unsere Eingabe fanden Verhandlungen mit der Firma über die Forderungen der Holzarbeiter statt. Der Vertreter der Fa. konnte sich dem nicht verschließen, daß unsere Forderung um Anerkennung des ostpr. Holzarbeitervertrages nur berechtigt sei. Leider könne die Fa. in der Abteilung diesen hohen Lohn von M. 1,- pro Stunde nicht tragen, wenn die Abteilung rentabel sein soll. Wir wiesen auf den großen Beamtenapparat auch in dieser Abteilung hin. Der Vertreter der Fa. behauptete, der Apparat müßte so sein, sonst könnte keine sachgemäße Arbeit geleistet werden. (Wem nicht zu raten, ist auch nicht zu helfen). Schließlich einigten wir uns, daß ab 1. Juli d. J. für diese Abteilung der Lohn- und Tarifvertrag für das ostpr. Holzgewerbe Geltung haben soll. Eine nicht unwesentliche Lohnerhöhung war damit für die Kollegen erreicht worden. Aber mit dem Geschicklichen Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Als die erhöhten Löhne gezahlt werden sollten, fing der Handel an. Unterdessen war ein neuer Abteilungsleiter eingetroffen, ob dieses auch ein Direktor ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Herr soll aus Bayern hien hergekommen sein. Nach Aussage dieses Herrn sollen die Kollegen in seinem früheren Wirkungskreis ganz anders arbeiten und mehr leisten. Die hiesigen Leistungen sollen dem „hohen“ Lohn gegenüber zu gering sein. Entlassungen setzten ein. Ob nicht die betrieblichen und maschinellen Einrichtungen an der angeblich nicht genügenden Leistung schuld sein mögen, scheint nicht geprüft zu sein. Jedenfalls scheint die Abteilung neu umgestaltet zu werden, um rentabler arbeiten zu können. Ob dieses aber mit den jetzt noch beschäftigten 8 Gefellen und etwa 15 Lehrlingen geschehen kann, muß abgewartet werden. Ob diese wenigen Leute den Kostenaufwand decken, muß ganz entschieden bezweifelt werden. Jedenfalls werden die beteiligten Holzarbeiterorganisationen auch auf diesen Akt der angeblich Rentabilitätsweiterung ein wachsam Auge haben und sich zu schützen wissen.

Bezirksstag des Bezirks „Süddeutschland“

Am 2. August abends versammelten sich die bereits von auswärts erschienenen Kollegen des Bezirks, sowie die Kollegen des Ortsvereins Ulm, des Gewerkschafts der Metallarbeiter, Vertreter des Ortsverbandes, des S. D. A. und des Gewerkschaftsringes von Ulm, zu einer sinnvoll veranstalteten Begrüßungsfeier zu Ehren der Delegierten. Unsere Jugendkapelle leitete mit flott gespielten Weisen den Abend ein und trug sehr viel zur Verschönerung des Abends bei. Der Vorsitzende der Bezirkskommission, Kollege Braig begrüßte die Gäste und Delegierten, insbesondere den Vertreter des Hauptverbandes Kollegen Schumacher. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Kollegen so zahlreich erschienen und das Lokal bis auf den letzten Platz füllten, und knüpfte die Hoffnung daran, daß auch der morgige Tag zu gutem Gelingen führen und den verdienten Erfolg zeitigen möge. Kollege Schumacher überbrachte die Grüße des Hauptverbandes und richtete beherzigende Worte der Begrüßung an die Kollegen. Kollege Klopfer gab einige geschäftliche Mitteilungen bekannt und ersuchte die Kollegen, am 3. August morgens um 7.45 an dem gemeinsamen Gang zum Friedhof, zum Grabe unseres Kollegen Wornholt, teilzunehmen. Der Ortsverbands-

vorsitzende Kollege Wornholt, der Vorsitzende des Gewerkschaftsringes der Metallarbeiter, Kollege Böhner, der Vertreter des S. D. A., Kollege Hoffmeister und der Vorsitzende des Gewerkschaftsringes, Kollege Wolf vom S. D. A., richteten an die Kollegen und Delegierten herzliche Worte der Begrüßung und forderten auf zu reger Mit- und Zusammenarbeit. Gewerkschaftskollegin, Frau Weber trug einen, von unserem allverehrten Kollegen Klopfer, Augsburg, sinnvoll verfaßten Prolog vor, der allseitigen Beifall fand. Gewerkschaftskollege Jaub trug als Humorist zu dem gemühtlichen Teil bei. Nach frohverlebten Stunden trennten sich die Anwesenden, um andern Tags die ernste Arbeit aufzunehmen.

Am 3. August morgens um 7.45 Uhr versammelten sich die Delegierten und viel Kollegen von Ulm, zu dem gemeinsamen Gang zum Friedhof. Am Grabe unseres verdienten Kollegen Wornholt richtete Kollege Schumacher vom Hauptverband an die Anwesenden erhebende Worte und legte zum Zeichen des treuen Gedankens einen Kranz auf die Grabstätte. Kollege Franz Raab, Ulm, hielt diesen Tag durch eine fotografische Aufnahme für alle Zeiten fest.

Um 9.30 Uhr eröffnete Kollege Klopfer die Konferenz, begrüßte die erschienenen Kollegen und gab die Tagesordnung bekannt. Vorsitzender der Bezirkskommission Kollege Braig übernimmt den Vorsitz und richtet herzliche Worte der Begrüßung an die Gäste und Delegierten. Kollege Schumacher gibt uns in seinem Vortrage: „Die Wirtschaftskrise und ihre Ursachen“, ein liefschürfendes Bild aus seiner reichen Erfahrung und Praxis als Mitglied des RMV. und führt uns die Entwicklung der deutschen Industrie und die Folgen der Rationalisierung vor Augen. Er verurteilt die Forderung der Arbeitgeber auf Lohnabbau, weil dadurch die Kaufkraft der Arbeitnehmer noch mehr geschwächt und die Krise verschärft wird. In dem zweiten Teil seines Referates: „Warum sind wir Gewerkschafter“, führt uns Kollege Schumacher die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, von der Gründung bis zum heutigen Tage vor Augen. Die Gewerkschaften haben den Boden bearbeitet, gepflügt und gesät; und sehen heute einen Großteil der Forderungen, die schon bei der Gründung, in richtiger Erkenntnis der Sachlage, aufgestellt wurden, in die Tat umgesetzt. Damit ist schlagend bewiesen, daß nur der Gewerkschaft der Holzarbeiter die richtige Organisation für die Berufskollegen ist. Nach diesen beiden Referaten setzte eine rege Aussprache ein, an der sich hervorragend die Delegierten von Lindau, Augsburg, Weihenhorn, Worms, Kaiserslautern, Lauterbach und der Vertreter des S. D. A. beteiligten.

Kollege Schumacher beantwortete in seinem Schlußwort die gestellten Anfragen zur größten Zufriedenheit der Kollegen.

Der Tätigkeitsbericht, welcher vom Bezirksleiter erstattet wurde, gab den Delegierten ein Bild, welche Fülle von Arbeit vom 13. Oktober 1929 bis Mitte Juli 1930 zu leisten war. Die Mitgliederzahl konnte, trotz der großen Arbeitslosigkeit, erheblich gesteigert werden. An Lohnbewegungen ist jeder Ort beteiligt und konnte schon in verschiedenen Berufszweigen die Forderung der Arbeitgeber auf Lohnabbau abgewehrt werden.

Ueber die Ausbreitungsmöglichkeit in Süddeutschland referiert Bezirksleiter Kollege Klopfer und gibt den Kollegen beachtenswerte Fingerzeige, die geeignet sind, unsere Bewegung auch in Zukunft zu fördern und der Idee der Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen. Nur durch Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen kann die Organisation gestärkt und Ersprießliches geleistet werden. Auch nach diesem Referate setzte eine rege Aussprache ein, an der sich besonders die Delegierten von Augsburg, Ansbach, Worms, Kaiserslautern, Ulm und Biberach, sowie Vertreter des Gewerkschaftsringes der Metallarbeiter, des S. D. A., der Vorsitzende des Gewerkschaftsringes und Kollege Schumacher beteiligten.

Der Ortsverein Ansbach stellte den Antrag: Die Konferenz wolle die Frage der obligatorischen Einführung der Alters- und Invalidenkasse erörtern. Kollege Mönch von Ansbach begründete den Antrag eingehend. Kollege Klopfer führt an, daß diese Frage vorbereitet wird und mit der Hauptleitung Einmütigkeit herrscht, dieselbe auf dem nächsten Delegiertentag zu erledigen.

Der Vorsitzende konnte nach 7 stündiger Dauer mit herzlichen Worten an die Delegierten, die alle, trotz langer Bahnfahrt und ernster Tätigkeit, noch sehr arbeitsfreudig waren, feststellen, daß die Tagung Ersprießliches geleistet hat und noch wahrer Gewerkschaftsgeist herrscht in Süddeutschland. Mit dem Appell: Nun auf zu frischer Tat und würdigen Abschiedsworten schloß er die Tagung. Der Wille der Konferenz zur Lohnfrage kam in nachfolgender, einstimmig gefaßter Entschliessung zum Ausdruck.

„Die in Ulm tagende Konferenz der Ortsvereine des süddeutschen Bezirks im Gewerkschaftsring der Holzarbeiter spricht den schärfsten Protest aus gegen die von Seiten der Arbeitgeber überall propagierte Lohnreduzierung. Eine

hoffe wenig und wirke viel,

das ist der kürzeste Weg zum Ziel.

Rastlos vorwärts mußt Du streben,
nie ermüdet stille sehn,
willst Du die Vollendung sehn.

hebung der Wirtschaft ist nur möglich durch Steigerung der Kaufkraft; durch Lohnabbau wird aber die Kaufkraft des Arbeiters immer mehr herabgedrückt und die bereits bestehende schwere Wirtschaftskrise noch immer mehr verschärft.

Ein allgemeiner Preisabbau kann nur herbeigeführt werden durch energisch durchgeführte gesetzliche Maßnahmen gegen die überspannte Preispolitik der Kartelle und Syndikate. Ebenso sind neue Steuern für die Arbeitnehmer untragbar.

Die Bezirkskonferenz erwartet, daß die Regierung alle Maßnahmen ergreift, welche geeignet sind, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Weiter wendet sich die Bezirkskonferenz gegen die Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung, weil dadurch die Volksgesundheit weiter herabgedrückt wird.

Allen Kollegen, die zum guten Gelingen der Tagung und für die Bereitstellung der Freiquartiere beitragen, an dieser Stelle herzlichen Dank. G. A.

Prolog

zur „Süddeutschen Konferenz“ in Ulm,
am 2. und 3. August 1930.

Gott grüß euch, ihr Männer, von nah und fern
Gefommen aus Deutschlands Süden.
Ich wünsche, ein guter, günstiger Stern
Sei eurer Tagung beschieden.

Die Zeit ist so ernst und die Menschheit ringt
In schweren, wirtschaftlichen Sorgen.
Sie hofft auf den Tag, der da wieder bringt
Der besseren Zeit frohen Morgen.

In Konferenztagungen mancherlei,
In Schwulst-schöngebrechelter Reden
spricht einer von dem, was da nötig sei
Für's Ganze des Volks und jedweden.

Die Menge, die hört es andächtig an
Mit Beifall und spricht: Der versteht es!
Doch leider ist damit noch nichts getan
Und grad an den Taten da fehlt es.

Doch ihr, zu pflegen verständigen Rat
Versammelt zum Konferenztage,
Werdet fest zu fördern, zu fordern die Tat,
Das Wort in die Schale der Wage.

Ein mannhaft, ein offenes deutsches Wort,
Kein Zungenpiel, kein Leijetretzen,
Kein Durchbalanzieren so hier wie dort,
Um keinem die Zehe zu treten.

Ein Redner freimütig und unentwegt,
(Er liebt nicht samtene Sohlen.)
Hat einmal für solche das Wort geprägt:
Der Teufel möge sie holen!

Schaut um euch! Die Oberen sind daran
Den Kleinen ihr Recht zu beschneiden.
So stemmt euch dagegen doch Mann an Mann.
Sprecht all: und wir wollen's nicht leiden!

Wir tagen in Ulm in der guten Stadt.
Den Sagen der Väter gewogen,
Spricht sie von dem Ulmer Spägen der hat,
Den Strohhalm der Läng' nach gezogen.

Ein Vorbild sei uns der Ulmer Spägen,
Mit Klugheit zu schaffen am Werke,
Denn Klugheit mit Eifer an seinem Platz
Verleiht zum Erlolge die Stärke.

Ich schließe den Spruch und so einer trägt:
„Daß Du uns zu lehren im Sinne?“
Ich meine nur was euch selber bewegt.
Glück auf denn zu gutem Beginne!

12. 7. 30. Konrad Kohler, Augsburg.

Die amerikanische Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf Europa.

Zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik bestehen bestimmte Zusammenhänge. Diese werden in der Zeit der Wirtschaftskrise immer besonders deutlich. Eine Krise, die über ihr Entstehungsland hinaus für viele Länder der Welt von schweren Folgen gewesen ist, war die amerikanische Wirtschaftskrise, die im Börsenkrach vom September-Oktober 1929 ihren Höhepunkt fand. Auf diese Wirtschaftskrise geht der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in seinem diesjährigen Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz in dem Kapitel über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1929 näher ein. Er schreibt hier, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau in allen Ländern seit mehreren Jahren zu einer fortgesetzten Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit geführt habe, die in der ersten Hälfte des Jahres 1929 angehalten und in bestimmten Ländern sogar eine Beschleunigung erfahren hat. Diese Entwicklung aber mußte besonders in dem Lande, in dem sie am deutlichsten zutage trat, nämlich den Vereinigten Staaten von Amerika, eine Veränderung der Wirtschaftslage herbeiführen. Auf die Zeit der bis auf ein Höchstmaß gesteigerten Produktion ist jetzt ein Rückgang erfolgt, und anscheinend sind trotz aller Hoffnungen, die man auf bestimmte in der Praxis angewandte

Verfahren setzte, die Kräfte des wirtschaftlichen Kreislaufes doch stärker gewesen. Auch in Amerika ist die Aufwärtsentwicklung nicht ununterbrochen fortgeschritten, sondern es bietet das übliche Bild des Wirtschaftskreislaufes mit Höhepunkten, Rückgang und Stillstand.

Durch einige Zahlen läßt sich diese Entwicklung sehr deutlich belegen. Die Stahlerzeugung stieg im Jahre 1929 auf 129,9 (wenn man den Durchschnitt der Jahre 1923 bis 1925 gleich 100 setzt), im März auf 146,3 im Mai auf 152,5 und im Juni auf 141,2. In der Automobilindustrie wurden 1927 im Monatsdurchschnitt 283 000 Einheiten hergestellt, im Januar 1929 dagegen 401 000, im März 585 000, im Mai 604 000 und im Juni 554 000.

Diese Zunahme der Produktion spiegelt den günstigen Geschäftsgang wieder. Man kann ebenfalls die steigende Gewinnquote als ein Anzeichen für die günstige Wirtschaftslage ansehen. Die Dividenden für das Jahr 1929 lagen mit 4500 Millionen um 1 Milliarde Dollar höher als die von 1928. Für diese gewaltige Entwicklung benötigte die amerikanische Industrie natürlich ungeheure Kapitalmengen. Die Emissionen neuer Gesellschaften, die im Jahre 1927 7319 Mill. Dollar betragen hatten, reichten im Jahre 1929 10 036 Millionen Dollar. Der große Kapitalbedarf des eigenen Landes verringerte dagegen das Angebot amerikanischen Kapitals im Ausland. 1928 wurden 1576 Millionen Dollar Anleihen auf dem New Yorker Markt an das Ausland vergeben, während es im Jahre 1929 nur noch 780 Millionen Dollar waren. 1926 hat Europa insgesamt 627 Millionen Dollar, im Jahre 1929 nur noch 156 Millionen Dollar erhalten. Insbesondere flossen weniger Kredite nach Deutschland. Im Jahre 1928 waren es 311 Millionen und 1929 nur noch 42 Millionen Dollar. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Vereinigten Staaten wurde also der Kapitalzufluß von Amerika in andere Länder sehr stark eingeschränkt. Dadurch entstand die Auspumpung des Geldmarktes in verschiedenen Ländern in und außerhalb Europas. Diese Geldmarktauspumpung ist für das Wirtschaftsjahr 1929 charakteristisch.

Während der zweiten Hälfte des Jahres veränderte sich die amerikanische Wirtschaft langsam, bis sich im Herbst die Niedergangsbewegung beschleunigte. In der Automobilindustrie wurden im Oktober nur noch 380 000 und im Dezember nur noch 120 000 Wagen hergestellt, gegenüber dem Höchststand mit 621 000 im April. Die Stahlproduktion wiederum, gemessen an derselben oben erwähnten Indeziffer, fiel im Oktober auf 130,5 und im Dezember auf 83,8. Ähnliche Rückgänge lassen sich in allen übrigen Industrien feststellen. Durch den New Yorker Börsenkrach fiel dann der Aktienindex, der im September auf 216,1 gestanden hatte, auf 134,5, was einen Verlust von 37,3 Prozent bedeutete.

Alle Börsen der Welt, die sich schon seit Anfang des Jahres in einer Baixe-Bewegung befanden, wurden in Mitleidenschaft gezogen. Ebenfalls sind die Staatsfinanzen durch diese Vorgänge beeinflusst worden, so daß die Steuerentlastungspolitik, die im Laufe der vorhergehenden Jahre in Angriff genommen worden war, nur in beschränktem Umfange durchgeführt werden konnte. Sie steht noch heute in Frankreich, Deutschland und Belgien auf der Tagesordnung; aber nur in den Vereinigten Staaten sind bedeutendere Ermäßigungen beschlossen worden. Die Mehreinnahmen des Haushalts haben es Frankreich ermöglicht, ein Programm für die Verbesserung der nationalen Industrieausstattung auszuarbeiten.

In allen Ländern hat sich im Zusammenhang mit der Geldmarktkrise eine allgemeine und dauernde Senkung der Großhandelspreise bemerkbar gemacht. Der Preisrückgang ist zwar unter dem Einfluß von Finanzzusammenbrüchen beschleunigt worden, aber die Abwärtsbewegung der Preise war schon früher zu spüren. Die Großhandelsindizes einiger Länder (1913 gleich 100) nahmen folgenden Verlauf: Großbritannien: Januar 1929 138, Oktober 136, Dezember 132, Niederlande: Januar 146, Oktober 140, Dezember 135, Deutschland: Januar 136, Oktober 137, Dezember 134, Frankreich: Januar 128, Oktober 120, Dezember 117. In den Vereinigten Staaten dagegen fielen die Preise in der ersten Hälfte des Jahres nicht. Die Indeziffer stand im Januar auf 139 und vom Juli bis September auf 140, ging dann aber im September auf 135 zurück. Es ist auch bemerkenswert, daß während der Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten eine Preissteigerung nicht erfolgte. Man kann sie auf die Kreditpolitik der Federal Reserve Banken zurückführen oder auf andere wirtschaftliche Gegenströmungen, die einer mit dem Wohlstand zusammenhängenden Preissteigerung entgegenwirkten.

Faßt man die Entwicklung zusammen, so ist das Jahr 1929 wie das vorhergehende Jahr ein Jahr der wirtschaftlichen Kräfteentwicklung gewesen, die jedoch nicht einheitlich war. Neben großen Fortschritten lassen sich ernste Schwierigkeiten beobachten. So war in Deutschland während des ganzen Jahres und in gesteigertem Maße während der letzten Monate ein gesteigertes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Es war ein Jahr der Gegensätze und der Unbeständigkeit. Daß die Entwicklung in den Vereinigten Staaten eine so große Auswirkung auf viele andere Länder gehabt hat, liefert erneut den Beweis für die starke wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker voneinander.

Aus der Arbeit einer großen Angestellten-Organisation.

Spb. Vor seinem diesjährigen Bundestag, der am 18. bis 21. September in München stattfindet, überreicht der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Sitz Berlin-Zehlendorf, der Öffentlichkeit seinen Jahresbericht für 1929 („Die Arbeit des GDA 1929“, GDA-Schrift Nr. 49, Preis 2 Mark). Es ist kein trodener Geschäftsbericht, wie man aus dem bescheidenen Titel schließen könnte, sondern das 468 Seiten starke, geschmackvoll gebundene Buch ist eher als ein stattlicher Beitrag zu dem wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehen unserer Zeit zu werten, der im besonderen schildert, wie die freiberufliche nationale Angestelltenchaft schwer ringt um ihre Existenz, und in ihrer aus eigener Kraft geschaffenen Standesorganisation sowohl den Vorkämpfer für ihre Forderungen im sozialen Selbstbehauptungskampf als auch eine Selbsthilfeeinrichtung von erheblichem Wert für ihre berufständischen und menschlichen Angelegenheiten findet.

Der Bericht schildert zunächst die Vorgänge in der Sozialversicherung: Angestellten-, Invaliden-, Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung; weitere soziale Fragen u. a. des Arbeitsschutzes und der Berufsausbildung, das Problem der „älteren Angestellten“, der internationalen und kommunalen Sozialpolitik füllen das erste Viertel des Buches. — „Das Gesicht der Wirtschaft 1929“ nennt sich der zweite Hauptabschnitt. Er leitet über zur Tarif-Vertragspolitik, in der u. a. die Gehälter, die Arbeitszeit und Fragen des Schlichtungswesens untersucht werden. Die statistischen Angaben über Mindestgehälter, soziale Zulagen und die Ergebnisse der großen sozialen Erhebung des GDA finden hierbei besondere Aufmerksamkeit.

Ein neuer Hauptabschnitt vertieft sich in die Tätigkeit der Berufs- und Fachgruppen. — Der GDA, der als Einheitsorganisation der deutschen männlichen und weiblichen Angestellten in Handel, Industrie und Büro, der Techniker und Werkmeister, alle diese Berufssparten in sich vereint, unterhält zur Behandlung der Fachfragen z. B. eine Reichsvereinigung der Techniker und Werkmeister, der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten, der Reisenden und Vertreter; eine Reichsfachgruppe der Apotheker, der Bankangestellten, der Angestellten bei Behörden und öffentlich-rechtlichen Betrieben, im Bergbau und in der Knappschaft, in der chemischen Industrie, im Versicherungsgewerbe, im Getränkergewerbe usw. —

Die Bildungsarbeit macht sich die Höherentwicklung des ganzen Angestelltenstandes zum Ziel. — Im Jugendbund im GDA wird ein leistungsfähiger Nachwuchs herangezogen. — Sehr gut ausgebaut sind Archiv, Zeitschriften- und Pressewesen. Auf dem Gebiete der Selbsthilfe im GDA seien nur folgende Einrichtungen genannt: Stellenvermittlung; Unterstützungswesen; Deutsche Angestellten-Krankenkasse; Rechtschutz; Urlaubsheime und Studientreffen. — Ueber Organisations- und Verwaltungsfragen, Finanzierung, Mitgliederwerbung usw. spricht der letzte Teil dieses auch mit wirkungsvollen Bildern versehenen Berichts.

Das Deutsche Erfinderhaus e. V. auf der Leipziger Herbstmesse.

Bekannterweise besucht das Deutsche Erfinderhaus e. V., Hamburg 36, die jeweiligen Leipziger Messen, also auch die diesjährige Herbstmesse (vom 31. August bis 6. September) und stellt dort in einer ganzen Halle in großzügiger Weise aus. Es wird allen Erfindern somit die Möglichkeit gegeben, ihre Erfindung vielen Interessenten, die gerade auf der Messe sehr stark vertreten sind, bekannt zu geben, um so leichter zu einem Abschluß zu kommen. Die Gebühren sind niedrig gehalten. Unbemittelten Erfindern wird Preisnachlaß gegeben oder kostenlose Beteiligung zugesagt. Nähere Messunterlagen stehen auf Wunsch gratis zur Verfügung.

Briefkasten.

Augsburg. Berichtigung. In dem Artikel über das Jugendheim in Augsburg in der letzten Nummer „Die Eiche“ hat sich ein sinnenfälliger Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Das Landheim, 20 Kilometer von Augsburg entfernt auf 60 Dm. großem Grund. P. B.

Unserm Kollegen und ersten Vorsitzenden
Hans Seeger zu seinem
50 jährigen Wiegenfeste
die herzlichsten Glückwünsche.
Der Vorstand und die Kollegen
des Ortsvereins Augsburg.